



BBU-Pressemitteilung  
21.09.2017

Bundesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz e.V.  
Prinz-Albert-Str. 55  
53113 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 214032  
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de  
www.bbu-online.de  
www.facebook.com/bbu72

## **BBU: Verantwortung übernehmen und wählen gehen - einmischen statt resignieren!**

**(Bonn, Berlin, 21.09.2017) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ruft alle Wahlberechtigten auf, ihr Recht auf demokratische Mitbestimmung am kommenden Sonntag (24. September 2017) bei der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag zu nutzen. Der Verband bedauert, dass das Thema Umweltschutz im Wahlkampf der Parteien, aber auch in der Wahlberichterstattung vieler Medien, nur am Rande behandelt wurde – wenn überhaupt. Konkret appelliert der BBU an die Wählerinnen und Wähler, vor der Stimmabgabe zur Bundestagswahl die Aussagen der Parteien zu einzelnen ökologischen Themen ebenso zu prüfen wie das umweltpolitische Handeln der Parteien in den letzten Jahren.**

Als überparteiliche Organisation spricht der BBU keine Wahlempfehlung für eine einzelne Partei aus. Aber der engagierte Verband weist auf umweltpolitische Forderungen hin, die kurzfristig bei der Wahlentscheidung und langfristig für die Umweltpolitik der Bundesrepublik von großer Bedeutung sind. So sollte sich aus Sicht des BBU eine Partei, die sich für nachhaltigen Umweltschutz einsetzt, für ein ausnahmsloses Fracking-Verbot und für die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Atomanlagen, inclusive der Uranfabriken in Gronau und Lingen, ebenso einsetzen wie für den konsequenten Ausstieg aus der Kohleverstromung. Mit Blick auf den Klimawandel erwartet der BBU von ökologisch orientierten Parteien konsequente Programme zur Energieeinsparung und zum Ausbau der erneuerbaren Energien. In der Verkehrspolitik muss unverzüglich ein umfassender Umstieg auf Busse und Bahnen vollzogen werden. Als nicht wählbar bezeichnet der BBU zudem Parteien, die weiterhin der Massentierhaltung und dem Artensterben tatenlos zusehen. Insgesamt ruft der BBU zur Wahl einer Partei auf, die die ökologischen Zukunftsthemen mit den Fragen der sozialen Gerechtigkeit verknüpft.

## **BBU-Vorstandsmitglied Elke Fischer zur Bundestagswahl**

BBU-Vorstandsmitglied Elke Fischer: „Wer in einem Land leben und mitwirken möchte, in dem die Grundlagen eines respektvollen, gleichberechtigten Umgangs mit Mensch und Natur, Frieden und Völkerverständigung Vorrang haben sollten, wird durch die Teilnahme an der Wahl in diese Richtung mitentscheiden können. Unseren Planeten Erde gibt es nur einmal. Es wäre gut zu wissen, dass ihn zu schützen einer der zentralen Ansätze der Wählerentscheidung nicht nur für die nächste Legislaturperiode sein könnte. Die Zukunft nachfolgender Generationen ist abhängig von essentiellen Grundbedingungen einer gesunden Umwelt. Klimatische Auswirkungen werden unser Leben zukünftig deutlich verändern. Daher müssen wir mit einem neu gewählten Parlament Weichen zu vielen nachhaltigen Schwerpunkten stellen, die Einfluss auch über die Landesgrenzen hinaus haben werden. Und auch eine starke Opposition ist wertvoll und zeigt die Vielfalt an Korrekturmöglichkeiten in einer Demokratie.“

Elke Fischer, auch Vorstandsmitglied des Vereins mit Verbandstatus „Netzwerk gegen Lärm, Feinstaub und andere schädliche Immissionen e.V.“ (NGL), betont weiterhin: „Wir haben die Chance Einfluss zu nehmen. Das zeigt sich bereits im ehrenamtlich breiten Engagement der vielen Bürgerinitiativen, ohne die schützende Projekte weder angestoßen noch schädigend verhindert würden. Ohne Bürgerengagement könnte der enge Schulterschluss von Politik und Lobbyismus uneingeschränkt walten - mit potenzieller Missachtung natürlicher Ressourcen und über die Interessen der Bevölkerung hinweg.“

Ein aktuelles Beispiel des Engagements im Umweltschutz liefert das NGL. Das Netzwerk aus Leverkusen beklagt den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln (Land NRW) zum Bauabschnitt 1 (Neubau von einer sechs- zu einer 12spurigen A1-Rheinbrücke sowie anschließend achtspurigen Straßenhochlage), zudem mit Eingriff in die Giftmülldeponie/Altlast Dhünnaue. Am 26./27. September 2017 findet am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig nach langer Vorarbeit nun die Verhandlung zur Klage statt - in letzter Instanz. Ausführliche Informationen zum Prozess des NGL, das im BBU organisiert ist, unter <https://www.nglev.de>

## **Engagement unterstützen**

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://bbu-online.de>, telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet <https://www.facebook.com/BBU72/>. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO<sub>2</sub>-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen. Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.